

Der Tagespreis.
Die Zeitung monatlich bei Voranmeldung
1.00 Mk., 7.50 Mk. bei Voranmeldung
3.00 Mk., 1.00 Mk. bei Voranmeldung
0.50 Mk., die restliche 24.75 u. s. w.
Die Abnahmegebühren, die
bestimmten werden von allen Abnehmer
persönlich angenommen. Im
amulid. Zeitungsvorstand mit unter
einer Zeitung eingetragenen, für
ausreichend eingetragenen Monats
preis und keine Gewinne über
genommen. Der Druck nur mit der
in den Anzeigen, die Zeitung ge
halten. Ferner der Schriftleitung
1100, der Tagespreis. Nr. 1133
u. 1133, der Tagespreis. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Zweiteiung

Tagelsgespreche.
Die gesparten 34 mm breite Mittel
meter Seite der ersten Raum 60 Pf.,
samt innengehen 40 Pf., Reflektoren
40 Pf. am besten. Mittelwert
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
andere Geschäftsstellen, a. s. m. i. c.
Anzeigengeschäfte Erfüllungsorts
Halle, Erfurt täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal,
Schriftleitung an Haupt-Druck
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen
ade 1a, Dr. Drauhausstr. 17,
Neben-Geschäftsstellen: Erfurt
Hilberstr. 32 und Markt 24
Dienstadt-Rote Leipzig Nr. 204

Sonntagsausgabe.

Nr. 173.

Halle, Freitag, den 15. April 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Die Aufruhredebatte im Landtage.

Zehn Anfragen der Parteien — Sturmjzenen — Möglichkeiten der Regierungsbildung in Preußen.

Amerikas neue Politik.

Aus Washington wird berichtet: Anknüpfend an seine Vorjahrs hat Präsident Harding sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden sieben Punkten zusammengefasst:

1. Aufhebung des Vertrages von Versailles, einschließlich der Völkerbundsatzung;
2. Annahme der Resolution Knox, durch die der tatsächliche Friedenszustand erklärt wird;
3. Aufnahme von besonderen Friedensverhandlungen mit Deutschland, durch die eine bestimmte Kriegsentwidlung festzulegen und durch die die übrigen aus dem Kriegsende sich ergebenden Fragen geregelt werden sollen;
4. Anerkennung des in der Resolution Knox ausgesprochenen Grundgedahes der Mitwirkung Amerikas an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser durch irgendeine Macht bedroht werden sollte;
5. Annahme einer Resolution, durch die die Eingetragenen Staaten mit den allierten Mächten darüber festgestellt wird, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet ist, die Kriegsschäden bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder gutzumachen;
6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einschränkung der Kriegsausgaben;
7. Aufnahme von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika wird diesem Bunde beitreten unter Aufrechterhaltung des Prinzips seiner Aktionsfreiheit und der Nichtteilnahme in rein europäischen Angelegenheiten.

In der Note der Vereinigten Staaten vom 2. April an die Mächte heißt es:
Mit Bezug auf das Negativen Mandat über die nördlichen des Atlantik-Vertrages Bestellungen im Stillen Ozean, das besagt, es sei in seinen Bestimmungen vom Völkerbundrat bestätigt und selbsteig worden, hält es meine Regierung für angebracht, die fundamentalen Grundgedahen ihrer Vorstellungen und die Grundgedahen, die ihrer Ansicht nach bestimmen sind, darzulegen. Es wird nicht bestritten werden, daß das Recht, über die überseeischen Besitzungen Deutschlands zu verfügen, erworben wurde nur durch den Sieg der alliierten und assoziierten Mächte, und wahrhaftig wird keine Meinung auf Seiten der britischen Regierung vorhanden sein, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an diesem Siege in Abrede zu stellen. Daraus folgt notwendigerweise, daß das Recht, das den alliierten und assoziierten Mächten durch den gemeinsamen Sieg erwährt, von den Vereinigten Staaten geteilt wird und daß eine endgültige und wirksame Verfügung über die überseeischen Besitzungen Deutschlands, die jetzt zur Erörterung steht, ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten bestehen kann. Meine Regierung muß daher darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten weder den Obersten Rat noch den Völkerbund und mitzudenken werden wollen, was betraut haben, die Vereinigten Staaten zu lindern oder in ihrem Namen zu handeln, sich irgendeiner Gelegenheit für einen Beschluß ergeben hat, der als die Rechte der Vereinigten Staaten betreuend angesehen werden könnte. Es sei auch darauf hingewiesen, daß das Recht, das den Vereinigten Staaten durch den Krieg erwährt, an dem sie teilgenommen haben, an alle in irgendeiner Weise an Japan abgetreten oder überliefert oder an andere Nationen überliefert angesehen werden kann, ausgenommen durch Vertrag, und daß kein solcher Vertrag abgeschlossen worden ist. Die Rechte, die die Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert haben, kann die Rechte nicht schmälern, die die Vereinigten Staaten bereits erworben haben, und es ist kaum nötig darauf hinzuweisen, daß ein Vertrag, an dem die Vereinigten Staaten nicht teilgenommen haben, diese Rechte nicht berühren könnte. Es sollte jedoch zur Kenntnis genommen werden, daß der Vertrag von Versailles keineswegs vorliegt, daß Japan oder irgendeine andere Nation irgendein Recht haben überseeischen Besitzungen Deutschlands zugehörig zu erhalten kann, wenn nicht ein gleiches Recht danach den Vereinigten Staaten gebührt werden sollte. Im Gegenteil: Artikel 119 des Vertrages von Versailles es heißt vor, daß Deutschland zugunsten der Hauptalliierten und assoziierten Mächte an seine Rechte und Ansprüche auf diese überseeischen Besitzungen verzichte. Es wird nicht bestritten werden, daß eine der Hauptalliierten und assoziierten Mächte, zu deren Gunsten Deutschland auf seine Rechte und Ansprüche verzichtet, die Vereinigten Staaten sind. Es ist klar, daß der Völkerbund, ohne irgendeine Festlegung dieser Bestimmungen durch den Rat des Völkerbundes im Dezember 1920 nicht wirksam mit Bezug auf die Vereinigten Staaten angesehen werden kann.

Stegerwald über die Möglichkeiten der preußischen Regierungsbildung.

Ein Vertreter des DDB, halle eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stegerwald, dem das folgende als Inhalt des Ministerpräsidenten über die gegenwärtige Sachlage zu entnehmen ist:
Zur preußischen Regierungsbildung stehen in der Hauptsache vier Möglichkeiten, nämlich eine Koalitionsregierung von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Dies ist aus außen- und innenpolitischen Gründen das Beste der Stunde. Gegen die Regierungsbildung auf dieser breiten Front wurden aber in den letzten Wochen so viele Schranken aufgestellt, daß ich Stegerwald nicht in wenigen Tagen abgeben konnte.
Die zweite Möglichkeit zur Regierungsbildung war die alte Koalition. Dem rein preussischen Standpunkte aus betrachtet, wäre sie parlamentarisch noch fast tragbar gewesen. Die Regierungsbildung in Preußen läßt sich aber gegenwärtig nicht möglich machen von der Lage im Reich. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angeforderte Intraffierung der Sanktionen einen Kampf um Leben und Tod für das deutsche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien lastet in der zweiten Hälfte des April, eine ungeheure Verantwortung. In solcher Situation glaubte es Stegerwald, von moralischen Erwägungen ganz abgesehen, auch politisch nicht vertreten zu können, eine der Koalitionsparteien des Reichstages, die Deutsche Volkspartei, in Preußen gebildet vor den Kopf zu stoßen.
Eine dritte Möglichkeit zur preussischen Regierungsbildung war die gleiche Arbeiterpartei-Koalition wie im Reich. Dieser Weg ist in der gegenwärtigen Stunde, insbesondere aus innenpolitischen Gründen nicht gangbar.
Stegerwald wies in diesem Zusammenhang auf das in der Entente befindliche außerordentlich wichtige Uebereinkommen abkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau hin und auf die Infolge der Sanktionen zu erwartende gewaltige Preissteigerungen. Bei solcher Sachlage ist es politisch nicht gangbar, die Sozialdemokratie völlig außerhalb der unmittelbaren politisch-parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

Die vierte Möglichkeit besteht die Bildung einer Koalition mit dem Zentrum und dem Reichspartei-Koalitionspartei. Für diesen Fall hätte Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben könne. Dies Ansuchen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Politisch Unethisch ist also Stegerwald der Deutschen Volkspartei nicht zugewandt.

Zur Stunde bestehen noch drei Möglichkeiten für den Ausweg. Erstens: entweder die Parteien geben Stegerwald völlig freie Hand, die aus ihnen selber durch ihn berufene Minister nicht durch Fraktionsbeschlüsse in der Annahme des Ministeriums zu verhindern; zweitens: es wird ein Geschäftministerium gebildet aus zwei Sozialdemokraten, je einem Vertreter der Zentrumspartei, der Deutsch-Demokraten und der Deutschen Volkspartei, während der Rest der Ministerien durch Beamte oder politisch nicht abgeklärte Persönlichkeiten besetzt wird. Die Parteien wären in dieser Regierung, die keine Koalitionsregierung ist, nur lose gebunden. Sie würde politisch mit wechselnden Mehrheiten die Staatsgeschäfte einzuweisen fortführen, und das Weiter der politischen Entwicklung der nächsten Zeit überlassen. Drittens: es wird ein Ministerium aus Zentrum und Demokraten gebildet, wenn sich dadurch eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien von links und rechts erzielen läßt.

Der englische Generalstreik.

Zu dem Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter, am Freitag den Streik zu erklären, meldet der „Star“, einigte Arbeiterführer, insbesondere Fenelon und Upton, seien im Sinne einer überlebigen Regelung tätig. Thomas erklärte, zahlreiche Arbeiterverbände, darunter auch die Cleanlight-Verarbeiter, würden sich einer Aktion des Arbeiterbundes anschließen. Lloyd George erklärte im Unterhause, der Ernst der Lage nehme lauern zu. Er drückte aber die Hoffnung aus, daß weitere Maßnahmen die Überhand behalten würden. — Die Regierung teilt mit, daß im Falle einer Ausdehnung der Arbeitseinstellung sie alle Mittel anwenden wird, die Arbeitslosen in der lebenswichtigen Betrieben zu schützen. Die Mehrheit der Seeleute stimmte ihr gegen den Streik. Es ist eine nationale Konferenz aller Verbände einzuufen, die der „Federation of General Workers“ angehörend sind. Dieser Organisation umgibt 1 1/2 Millionen Mitglieder, die auf ihrer Bundestagung am Freitag ebenfalls über den Arbeiterbundes in Betracht kommenden verhandeln. — „Der Welt“ und „The Nation“ scheitert, der Streik gehe in Richtung nicht zu dem Höhepunkte, sondern sei ein Wagnis in dem Feld, das durch den dem Lande gegen seinen Willen die Nationalregierung aufgewungen werden solle. — „Evening News“ nennt die augenblickliche Lage die schlimmste in seiner Krise, die das Land in seiner Geschichte wurde, und schreibt in

einem Leitartikel, der Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter, am Freitag die Arbeit einzustellen, sei der leichtsinnigste Beschluß in der Geschichte der englischen Industrie nach Belegung des mächtigen Feindes, dem England in gegenwärtigen Tagen habe, muß das Land jetzt in einem neuen Kampf gehen, der nach Ansicht westfälischer Leute nicht weniger ernst sein werde als der letzte Krieg. Der Streik würde für den englischen Handel katastrophal sein. „Evening News“ hebt hervor, mit welchem Vergnügen Lenin und seine Freunde den Streikbeschlüssen aufnehmen werden, und ist darüber, daß sich der von einem Teil des Gemeinweins herausgehoberte Teil mit allen Mitteln gegen die mächtige Waffe, die der Arbeiterbreidung in der Hand hat, schütze. —
Hüttermeldungen zufolge haben 5000 bis 6000 Bergarbeiter in den Westfalengebirgen einen entschlossenen und anhaltenden wolkongruierten Angriff auf die Zentralverteilungssituation der nordbrillischen Eisenbahn in Richtung ausgeführt. Die Signalarbeiter neuen Kampfs gehen, der nach Ansicht westfälischer Leute werden getrieben und beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt. In einem Dorfe in der Nähe wurde auch Leben geplündert und unehrer Sachschaden angerichtet. Folgebewehrungen, die in Raiftrafungen eintrafen, Militär und Marine unterbrachten die Anrufen.

Oberhessen.

Hüttermeldungen aus Reuthen zufolge hat die interalliierte Kommission in Appeln auf das Protestschreiben des Verbandes der oberhessischen Kreize gegen die Besetzung von vier oberhessischen Reichstagen geantwortet, daß das Urteil von einem Justizorgan herrihre, das als sentschieden unbefangener angesehen sei als die protestierenden Pressevertreter und entschieden auf größeren Glauben finde. Gegen das Urteil des besonderen Gerichtsplatzes sei eine Revision nicht zulässig.

Dummheit entschuldigt.

Im brandenburgischen Provinzialparlament stehen die demokratischen Abgeordneten vor dem Zusammenbruch des Planens an die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei die Anregung zu einer Verhandlung der Mittelpartei (Deutsche Volkspartei der Mehrheitssozialdemokratie) gegen den Beschluß zu erklären, die Demokraten auch in Ermüdungen über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einzutreten, wobei als selbstverständliche Bedingung die Wahrung der demokratischen Fraktionsfreiheit bestritten werden müßte. — Bis heute warten die demokratischen Abgeordneten bezüglich auf eine Antwort der Deutschen Volkspartei. Derselbe schied ist es unethisch, wenn eine Verhandlung der Mittelpartei unterzogen werden müßte.

Der Vorstand des Reichstages der Deutschen Volkspartei trat bald zurück. Wenn diese hätte sich insoweit mit den Deutschen Nationalen verbrüder und hätte gemeinsam mit diesen an die Demokraten das Ansuchen zu einer einheitlichen Fraktion unter dem Namen nationaler Führung mit Fraktionszwang zusammenzurufen. Da die Demokraten vieles von ihnen verdrängen wollte ausgeben der eigenen Meinung und diese demgegenüber auch von demokratischen Anhängern durch eine Aktion, nach abgeben müßten, hätten ihnen nichts anderes übrig, als eine Verhandlung mit den linken Parteien einzugehen, die ihnen für die ganze Wahlzeit volle Freiheit ihrer demokratischen politischen Betätigung bei den Verhandlungen und Beschlüssen des brandenburgischen Provinzialparlamentes ließe.
Die Vorrede, die reichlich 4000 zurückliegen, nimmt die „Hessische Volkszeitung“ zum Anlaß, um in ihrer Ausgabe vom 12. April sich einmal wieder an den Demokraten ganz allgemein zu wenden und ihnen unter völliger Enttarnung des Saagerdies „Leitend am Bürgerium“ vorzuwerfen.

Man würde auf diesen läppischen und zur Genüge abgebrochen Anruf der „Hessischen Volkszeitung“ nicht weiter eingehen, wenn sie dabei nicht ihre geradezu bodenlose politische Dummheit in die hellste Beleuchtung rüfte. Ihre eigenen Parteirende sind es nämlich gemein, die wie anderwärts so auch im brandenburgischen Provinzialparlament durch ihre politische hinterhältigen Spiel die Bildung eines Blocks der Mitte, der über zusammen 51 gegen 41 Mandate verfügt hätte, unmöglich gemacht haben. Nimmt man dazu, daß die Führer der Deutschen Volkspartei im Reich und in Preußen diesen Block der Mitte selbst erklären und nicht man die Voraussetzungen der „Hessischen Volkszeitung“ belegen, kann er nicht als politische Dummheit dieses Blattes, mit der es seine Parteirende im brandenburgischen Provinzialparlament und die Führer seiner Partei blamiert, nur noch weitertriften werden kann. Ob das Urteil, das ein gewerbliche Kreis von ihm über die „Hessische Volkszeitung“ lautet, wiederum als Unbilligkeitsmaßstab dienen kann, mag abgemacht werden.

Preussischer Landtag.

Sitzung am 14. April 1921.
Präsident Behrnt eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr und teilt mit, daß der Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) sein Mandat niederlegt hat. (Große Bewegung im ganzen Saale). Der Präsident teilt weiter mit, daß auf Beschluß des Reichstages die zehn Gegenstände der Tagesordnung, die sich sämtlich mit dem Ministerialentscheidungen betreffen, verbunden werden sollen. Die Beschlüsse, gemauert verbunden werden sollen. Beschlüsse betreffen.

Berliner Fondsbörse vom 14. April.

Der alte Plan einer Lösung der Erbschaftsteuer durch direkte Bezahlung der Erben an der Berliner Börse wurde an dem heutigen Börsen wieder besprochen, da man vermutet, daß die neuen deutschen Vorschläge sich in dieser Richtung bewegen dürften. Die politische Lage wurde jedenfalls zuversichtlich beurteilt und die Spekulation schritt zu größeren Rückläufen. Die Tendenz war im allgemeinen als ziemlich fest und widerstandsfähig zu bezeichnen. Gewinnschwächen und niedrige Kursen grenzen hielt und nur in einzelnen Spezialparitäten, so in Phönix (+18 pCt) und Thale, die bei stärkeren Interessenkäufen um 100 pCt zuzugew. konnte sich lobhaftes Geschäft entwickeln. Oberbessische Werte zeigten durchweg mächtige Abschwängungen, die sich mit den weniger günstigen Mitteilungen der oberbessischen Industrie erklären. Am Devisenmarkt war die Tendenz fest, bei etwas lebhaftem Geschäft Dollarkursen wurden mit 62 1/2 bis 63 1/2 für amtlichen Kursestellung genannt. Das Interesse für russische Noten hielt, wenn auch in vermindertem Umfange an. Die Noten konnten ihre Aufwärtsbewegung in unbedeutendem Umfange fortsetzen und erreichten den Kurs von 103 1/2.

Am Montanaktienmarkt wurden neben den oben erwähnten Phönix- und Thale-Aktien von der Spekulation Buda-

bezogen (+18 pCt). Sonst gewonnen noch Biernackische 14 und Mannesmann 7 pCt. Die übrigen Steigerungen hielten sich in Grenzen bis zu 3 pCt.

Am Markt der sonstigen Industriepapiere konzentrierte sich zunächst die Hauptbewegung auf Deutsche Waffen (siehe besondere Notiz). Der Kurs sank unter der Einwirkung der erwähnten Falschmeldung zunächst sehr erheblich, eine Entwicklung, die jedoch durch den raschen Rückgang der Falschmeldung wieder wurde. Im freien Verkehr machte sich später eine merkliche Erholung für das Papier geltend. Sonst zeigte der Markt keine einheitliche Haltung. Dynamit rückte 8 1/2 bis 9 pCt ein, Orestein um 3 pCt, Schiffbauaktien äußerst still. Stärkeres Angebot lediglich in Deutsch-Australien, die 6 pCt einblühten.

Elektrikwerte stärker angeboten. Folgen a. Gullenme 13 pCt, niedriger. Die Elektrizitätspapiere rückten ab. Abschwängungen im Ausmaß bis zu 3 pCt zeigten. Bergmann waren vorübergehend 10 pCt schwächer, erholten sich jedoch. Kalkalipapier wiesen vorwiegend leichtere Kursbesserungen bis zu 3 pCt auf. Union der Kolonialwaren mit 380 gleichfalls befestigt, dagegen Ronnenberg mit 373 und Heldburg mit 288 niedriger. Mandelker Kuxe 4950.

Am Marke der Petroleumwerte Deutsche Petroleum mit 800 leicht erhöht, dagegen Di. Erdöl mit 940 weiter rückgängig. Unter den chemischen Werten zeigten Goldschmidt eine Steigerung von 11 pCt, bei lebhafterem Geschäft, die übrigen Werte

der Farnegruppe waren nicht nennenswert verändert. Anglo Gano blühte 6 pCt ein.

Valutawerte im Einklang mit der Devisenbewegung durchweg nicht erheblich Kursveränderungen konnten unter der Kolonialpapieren die Ostwerte verzeichnen. Der heimische Rentenmarkt war nach der gestrigen festem Haltung heute abgeschwächt. Auch Ungarn rückgängig, dagegen die russischen leicht anziehend. Kassamarkt für Industriepapiere vorwiegend abgeschwächt. Höher: Mark. Zement 32, Ver. Thür. Metall 27, Concordia Chemische 10 und Dillmann Neubaus 39, Barr. a. Stein 34, Concordia 30, Wisener Metall 60, Caroline 20, Heinhelms 24 pCt.

Weitere Verlauf: Die höchsten Tageskurse erreichten Nordf. Lloyd, Phönix und Thale Eisen. Die Preise schwächer und recht still. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten Süssme mit 1625 und Pomonä mit 3625 etwas niedriger, dagegen Süssme mit 2125 beinahe und Kollonialmetalle mit 6700 höher genannt. P. o. m. s. G. Gold 45 pCt. Polnische Valuta leicht abgeschwächt. Kossiu-Konkoten mit 835 (gestern 876) angeboten. Krienen geschäftlos, Ungarn 22 1/2, Oesterreicher 10 1/2. Markierungen heute: Amsterdam 4.62, Kopenhagen 8.65, Seugschote 6.73. Devisen: Dölnen 55, Hoesch 92.

Amfliche Kurse vom 14. April

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including Deutsche Anleihen, Prämien-Anleihen, Hypothek.-Pfandb., and various bank and industrial shares.

Fortlaufende Notierungen nach amt. Feststellungen

Table with multiple columns showing continuing market quotations for various commodities and goods, including wheat, oil, and other market items.

Deutsche Eisen.-Oblig.

Table listing German iron obligations with columns for issuer, amount, and price.

Industrie-Akt.

Table listing various industrial stocks and their current market prices.

Kleinhändl.-Akt.

Table listing small retail stocks and their market prices.

Deutsche Eisen.-Akt.

Table listing German iron stocks and their market prices.

Stadtkassen

Table listing municipal treasury stocks and their market prices.

Schiffahrts-Akt.

Table listing shipping stocks and their market prices.

Bank-Akt.

Table listing bank stocks and their market prices.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds and their market prices.